

Bekanntmachung

zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel.

Vom 23. September 1915.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

I. Unterfügung des Handelsbetriebs.

§ 1. Der Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, insbesondere Nahrungs- und Futtermitteln aller Art sowie rohen Naturerzeugnissen, Heiz- und Leuchtstoffen, oder mit Gegenständen des Kriegsbedarfs ist zu unterfügen, wenn Tatsachen vorliegen, die die Unzuverlässigkeit des Handelstreibenden in bezug auf den Handelsbetrieb dartun. Das Handelsgewerbe, dessen Betrieb unterfügt wird, ist genau zu bezeichnen. Die Unterfügung ist im Amtsblatt der unterfügenden Behörde und im Reichsanzeiger bekanntzugeben.

Bei der Feststellung der Tatsachen, welche die Unzuverlässigkeit in bezug auf den Handelsbetrieb dartun, sind insbesondere zu berücksichtigen Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über Höchstpreise, Vorratserhebungen, Preisausschlag und übermäßige Preissteigerung.

§ 2. Die Unterfügung des Handelsbetriebs wirkt für das Reichsgebiet. Ist dem Handelstreibenden für den unterfügten Handelsbetrieb ein Erlaubnischein (Wandergewerbeschein, Legitimationskarte und dergleichen) erteilt, so hat die Unterfügung den Verlust dieses Scheines ohne weiteres zur Folge.

Die Behörde, die den Betrieb unterfügt hat, kann seine Wiederaufnahme gestatten, sofern seit der Unterfügung mindestens drei Monate verfloßen sind.

§ 3. Der Reichskanzler und die Landeszentralbehörden können anordnen, daß der Beginn des Handels mit Gegenständen der in § 1 Abs. 1 bezeichneten Art allgemein oder unter bestimmten Voraussetzungen einer Erlaubnis bedarf.

Die Erlaubnis darf nur verlangt werden, wenn gegen den nachsuchenden Tatsachen vorliegen, die seine Unzuverlässigkeit in bezug auf den Handelsbetrieb dartun. Die Vorschrift des § 1 Abs. 2 findet entsprechende Anwendung.

Auf den Gewerbebetrieb im Umherziehen (Titel III der Reichsgewerbeordnung) sind die Vorschriften im Abs. 1, 2 nicht anzuwenden. Der Wandergewerbeschein und die Legitimationskarte sind aber zu verlangen, wenn bei demjenigen, für welche sie beantragt werden, die im Abs. 2 bezeichneten Voraussetzungen zutreffen.

§ 4. Gegen die Unterfügung des Betriebs (§ 1) und gegen die Befugung der Erlaubnis (§ 3) ist nur Beschwerde zulässig; sie hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 5. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark wird bestraft:

1. wer der gegen ihn ergangenen Unterfügung des Handelsbetriebs (§ 1) zuwiderhandelt,
2. wer den Handelsbetrieb ohne die nach § 3 erforderliche Erlaubnis beginnt.

II. Verschärfung der Strafen bei Preistreiberei.

§ 6. Im § 6 des Gesetzes, betreffend Höchstpreise, vom 4. Aug. 1914 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dez. 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 516) wird folgender Absatz 2 eingefügt:

In den Fällen der Nr. 1 und 2 kann neben der Strafe angeordnet werden, daß die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekanntzumachen ist; auch kann neben Gefängnisstrafe auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

§ 7. Im § 5 der Verordnung gegen übermäßige Preissteigerung vom 23. Juli 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 467) wird folgender Absatz 3 eingefügt:

Neben Gefängnisstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

III. Schlußbestimmungen.

§ 8. Die Landeszentralbehörden erlassen die Bestimmungen zur Ausführung der §§ 1 bis 4 dieser Verordnung.

§ 9. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außertretens.

Berlin, den 23. September 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers
Deibitz.

Bekanntmachung.

Zur Ausführung der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 23. September 1915 zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel (R. G. Bl. S. 603) wird auf Grund des § 8 der genannten Bekanntmachung bestimmt, daß als Behörde, die den Betrieb des Handels durch unzuverlässige Personen (§ 1 der

Bekanntmachung) zu unterfügen hat, der Kreisaußschuß zu gelten hat. Die Beschwerde gegen die Unterfügung des Handelsbetriebs (§ 4) findet an den Provinzialausschuß statt, der endgültig entscheidet.

Darmstadt, den 28. September 1915.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
v. Homberg.

Krämer.

Bekanntmachung.

Betr.: Maßregeln gegen die Maul- und Klauenseuche.

Wir bringen zur allgemeinen Kenntnis, daß auf Grund der im Reichsanzeiger veröffentlichten Nachweisung über den Stand der Maul- und Klauenseuche vom 3. Oktober als versucht zu gelten haben:

1. Im Großherzogtum die Kreise Bensheim, Dieburg, Groß-Gerau, Heppenheim, Gießen, Melsfeld, Büdingen, Friedberg, Lauterbach, Schotten, Mainz, Alzen, Oppenheim, Worms.

2. Im Reichsgebiet die Bezirke Königsberg, Gumbinnen, Allenstein, Danzig, Marienwerder, Posen, Frankfurt, Stettin, Köslin, Stralsund, Posen, Bromberg, Breslau, Pommern, Ostpreußen, Magdeburg, Merseburg, Erfurt, Schleswig, Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Stade, Osnabrück, Aurich, Münster, Minden, Arnheim, Kassel, Wiesbaden, Koblenz, Düsseldorf, Köln, Trier, Aachen, Sigmaringen, Oberbayern, Niederbayern, Pfalz, Oberpfalz, Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken, Schwaben, Baunern, Chemnitz, Dresden, Leipzig, Jüdau, Neckarreis, Schwarzwaldkreis, Jagstkreis, Donaukreis, Konstanz, Freiburg, Karlsruhe, Mannheim, Starkenburg, Oberhessen, Rheinhessen, Medienburg-Schwerin, Sachsen-Weimar, Medienburg-Strelitz, Oldenburg, Lübeck, Birkenfeld, Braunschweig, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, Gotha, Anhalt, Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck, Schaumburg-Lippe, Lippe, Lüneburg, Bremen, Hamburg, Unterelsaß, Oberelsaß, Lothringen.

Gießen, den 12. Oktober 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Sechler.

Bekanntmachung.

Betr.: Den Fußbeschlag im Kreise Gießen.

Nachstehende Bekanntmachung bringen wir wiederholt zur Kenntnis der Beteiligten.

Gießen, den 14. Oktober 1915.

Großherzogliches Polizeiamt Gießen.

J. M.: Pfeffer.

Bekanntmachung.

Betr.: Wie oben.

Die Gepflogenheit der Pferdebesitzer, ihre Pferde mit außerordentlich hohen Stollen beschlagen zu lassen, hat verschiedentlich dazu geführt, daß die Pferde beim Ueberschreiten der Gasse, insbesondere derjenigen in der städtischen elektrischen Straßenbahn in Gießen, mit den hohen Stollen in den Gassen hängen geblieben sind, wodurch die Eisen von den Hufen gerissen und den Tieren erhebliche Verletzungen zugefügt wurden. Eine Haftung der Stadt Gießen kann für derartige Unfälle nicht in Frage kommen. Die hohen Stollen haben weiter den Nachteil, daß die Pferde bei ausgedehnter Verwendung von fugenlosem Asphaltpflaster leicht zu Fall kommen. Endlich leiden die Hufe und Gelenke der Tiere sehr bei zu hohem Fußbeschlag und es entstehen zahlreiche Lahmheiten, die bei Verwendung niedriger Stollen leicht vermieden werden können. Die Tierhalter können sich gegen diese Schädigungen selbst dadurch am besten schützen, daß sie den Pferden nur Duseisen mit nicht zu hohen Stollen anlegen lassen.

Wir empfehlen daher, wie dies auch anderwärts üblich ist, die Jungtiere in der Zeit vom 1. April bis 1. November nur mit Duseisen zu versehen, deren Stollen bis zu 2 Zentimeter über die Hufsohlenfläche hervorragen. In den übrigen Monaten können die Stollen bis zu 3 Zentimeter erhöht werden.

Gleichzeitig weisen wir sämtliche Hufschmiede des Kreises Gießen an, den Tierhaltern von unserer Bekanntmachung stets vor dem Beschlagen der Tiere Kenntnis geben zu wollen.

Gießen, den 21. Oktober 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Sechler.

Drucksachen aller Art

liefert in jeder gewünschten Ausstattung preiswert die
Brühl'sche Universitäts-Druckerei, Schulstr. 7